

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

23 (3.10.1946)

Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 23

Mannheim, den 3. Oktober 1946

Preis 10 Pfg.

Der Weg zur Einheit Deutschlands und die Grundrechte des Volkes im neuen Deutschland

Das deutsche Volk kann nicht leben ohne die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Ist diese Einsicht, daß die Deutschen, wie sie ein Volk unter Völkern sind, so auch einen Staat unter Staaten bilden, in dieser Zeit unserer größten nationalen Katastrophe auch selbstverständliches Gemeingut aller Deutschen?

Durch eine föderalistische und separatistische Politik ist die Reaktion in den verschiedenen Gebieten unserer deutschen Heimat am Werk, die Aufteilung Deutschlands in Einzelstaaten herbeizuführen. Aus dem von ihnen mitverschuldeten Zusammenbruch des Reiches erhoffen die Konzern- und Bankherren, die Junker und Großgrundbesitzer und andere von einer föderalistischen Aufgliederung Deutschlands noch einmal die Rettung ihrer alten wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen.

Mit jedem Tag wächst die Gefahr einer versteckten und offenen Propaganda, die Deutschland in ein östliches und ein westliches Gebiet zerreißen will.

Der Vorwand, deutsche Gebiete in sogenannte „Vereinigte Staaten Europas“ eingliedern zu wollen, ist zu fadenscheinig, um von der beabsichtigten Zerstückerung Deutschlands ablenken zu können. Wo steht die Bildung der „Vereinigten Staaten Europas“ zur Debatte? Aber auch wenn dieser nebelhafte Plan verwirklicht werden könnte, wären die deutschen Länder nur lebensunfähige Anhängsel ihrer Nachbarstaaten.

Reaktionäre Bestrebungen zeigen sich auch bei der Beratung von Landesverfassungen in verschiedenen Ländern. Tief beunruhigt sind große Teile unseres Volkes durch die Tatsache, daß in verschiedenen demokratischen Parteien reaktionäre Kräfte sich Geltung verschaffen konnten, die die Losreißung deutscher Gebiete von einem gesamtdeutschen Staate vorbereiten, um einem autoritären Regime den Weg zu bereiten.

Angesichts dieser Gefahren für eine friedliche und demokratische Entwicklung Deutschlands schlägt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands allen antifaschistischen und demokratischen Parteien und Organisationen einen offenen Meinungsaustausch über den Weg zur Schaffung eines

einigen demokratischen Deutschland

vor. Es ist offenkundig, daß eine friedliche Zukunft und die demokratische Entwicklung in Deutschland noch nicht gesichert sind. Nur durch Bestrafung der Kriegs- und Naziverbrecher und anderer Militaristen und durch die Schaffung einer demokratischen Selbstverwaltung kann die politische Grundlage für die Einheit Deutschlands und eine bessere Zukunft unseres Volkes gesichert werden. Die Säuberung der Verwaltung und der Wirtschaftsorgane von Militaristen und aktiven Verfechtern der Hitlerschen Kriegs- und Gewaltpolitik, die Enteignung der militaristischen Großgrundbesitzer und die Übergabe der Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis an die Landesverwaltungen muß der nächst gemeinsame Schritt aller friedliebenden demokratischen Kräfte sein. Gleichzeitig mit dem gemeinsamen Kampf zur Vernichtung der Reste des Nazismus und Militarismus sollte beim Alliierten Kontrollrat die Genehmigung zur Bildung deutscher Zentralverwaltungen für ganz Deutschland erwirkt werden. Solche Zentralverwaltungen sind dringend notwendig, um vor allem zu

einer einheitlichen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung sowie zu einem Kriegsschädenausgleich, einer Ordnung der Finanzen und der Währung zu kommen, ohne die eine Überwindung der Folgen der nazistischen Kriegspolitik nicht möglich ist.

Nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der antifaschistisch-demokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen zum Aufbau einer friedlichen Ordnung können wir uns das Vertrauen der anderen Völker wiedererwerben, zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung ermächtigt und die Aussicht erhalten, bei den künftigen Friedensverhandlungen gehört zu werden.

Erfüllt von der großen Verantwortung, die wir als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, als die größte Partei in Deutschland haben, schlagen wir allen antifaschistisch-demokratischen Kräften in Deutschland einen offenen Meinungsaustausch über folgende Grundrechte des Volkes im neuen Deutschland vor:

1.

Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik. Das Gebiet der Republik besteht aus den Gebieten der deutschen Länder. Es gibt nur eine Staatsangehörigkeit der deutschen Republik. Alle Staatsangehörigen der deutschen Republik haben in jedem Lande die gleichen Rechte und Pflichten.

Die Staatsmacht wird in gesamtdeutschen Angelegenheiten durch die Organe der Republik auf Grund der deutschen Verfassung, in Landesangelegenheiten durch die Landesorgane auf Grund der Landesordnung ausgeübt.

Die Abgrenzung der Zuständigkeiten erfolgt durch die von einer Nationalversammlung zu beschließende Verfassung. Die Staatsbürger genießen den Schutz der Verfassung und sind zum Schutz der Verfassung verpflichtet.

2.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus und hat dem Wohle des Volkes zu dienen. Bei der Ausübung der Staatsbürgerrechte sind Männer und Frauen gleichberechtigt.

Das Volk übt die Staatsgewalt aus durch die Wahl zu den Volksvertretungen der Republik und der Länder, durch Volksbegehren und Volksentscheid, durch Mitwirkung an der Verwaltung der Republik und der Länder und öffentlichen Körperschaften und an der Rechtsprechung sowie durch die demokratisch ausgebaute Selbstverwaltung.

3.

Das Parlament ist das höchste Staatsorgan der deutschen demokratischen Republik.

Das Parlament übt das Recht der Gesetzgebung aus und hat die Kontrolle über die gesamte Verwaltung der Republik.

Das Parlament beschließt die Gesetze nach Maßgabe der Verfassung. Die Regierung sowie jeder einzelne Minister bedürfen ihrer Amtsführung des Vertrauens des Parlaments.

Die Abgeordneten werden durch allgemeine gleiche geheime und unmittelbare Wahl nach dem Grundsatz des Verhältniswahlrechts gewählt. Wahlberechtigt sind alle

Staatsbürger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, soweit ihnen nicht durch gerichtliches Urteil das Wahlrecht entzogen ist. Wählbar sind alle über 21 Jahre alten, wahlberechtigten Bürger. Unberührt bleiben etwaige Bestimmungen, nach denen Kriegsverbrechern und aktiven Nationalsozialisten das Wahlrecht entzogen ist.

4.

Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Sie haben die gleichen Rechte bei der Ausübung der Staatsgewalt, es sei denn, daß sie ihnen wegen Begehung eines Verbrechens oder wegen ihrer politischen Haltung zur Zeit der Herrschaft des Nationalsozialismus auf Grund von Gesetzen ganz oder teilweise aberkannt worden sind.

Jegliche nationale, religiöse oder Rassenhetze wird strafrechtlich geahndet. Alle Personen, die militärische oder nationalsozialistische Ideen propagieren oder propagiert haben, sind aus den öffentlichen Ämtern zu entfernen. Solche Personen dürfen keine leitende Stellung in der Wirtschaft und im kulturellen Leben bekleiden.

5.

Jeder Bürger hat das Recht, innerhalb der Schranken der Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Recht darf ihm kein Arbeits- oder Angestelltenverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.

6.

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Die Staatsmacht nimmt sich ihrer Pflege an und schützt sie vor allem Mißbrauch.

7.

Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig.

Das Briefgeheimnis sowie das Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis sind unverletzlich. Ausnahmen können nur durch Gesetze der Republik zugelassen werden.

8.

Alle Bürger haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dieses Recht kann nicht durch Vorbeugungsmaßnahmen beschränkt werden. Für religiöse Vereine und Gesellschaften gelten dieselben Bestimmungen.

9.

Jeder Bürger hat ein Recht auf Arbeit. Es ist Aufgabe der Staatsmacht, durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt zu sichern.

Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.

Jeder Deutsche hat die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische Landesbibliothek

Badische Landesbibliothek

betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.
Die Arbeitskraft, die Mütter, Kinder und Jugendlichen sowie die Volksgesundheit stehen unter dem besonderen Schutze der Gesetze.

10.

Jeder Arbeitende hat ein Recht auf Erholung sowie auf Versorgung bei Krankheit, Invalidität und Alter durch eine einheitliche Sozialversicherung.

Jeder Bürger hat das Recht auf eine Heimstätte.

11.

Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern.
Private Konzerne, Großbanken, Kartelle und Syndikate dürfen nicht bestehen.

12.

Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern.

Die Freiheit des Handels und des Gewerbes wird nach Maßgabe der Gesetze gewährleistet.

13.

Der Großgrundbesitz ist aufzulösen. Die durch die Bodenreform geschaffenen Eigentumsverhältnisse werden gewährleistet.

14.

Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen.

Für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen können durch Gesetz in Gemeineigentum überführt werden. Die Länder und die Gemeinden können an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen und Verbände beteiligt oder es kann ihnen in anderer Weise ein bestimmender Einfluß darauf gesichert werden.

15.

Alle Staatsbürger haben gleiches Recht auf Bildung.

Die Schule soll jedem, unabhängig von der sozialen Lage der Eltern und dem Religionsbekenntnis, eine seinen Fähigkeiten und Anlagen entsprechende vollwertige Ausbildung geben.

Sie soll die Jugend zu selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen erziehen, die fähig und bereit sind, sich in das Gemeinschaftsleben einzuordnen.

Als Mittlerin der Kultur hat die Schule die Aufgabe, die Jugend im Geiste des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und einer echten Demokratie zu wahrer Humanität zu erziehen. Die Schule ist eine staatliche Einrichtung. Der Elternschaft wird die Möglichkeit gegeben, durch Bildung von Ausschüssen beratend in allen wichtigen Schulangelegenheiten mitzuwirken.

Die staatlich anerkannten Jugendorganisationen sind zur allgemeinen Erziehungsarbeit heranzuziehen.

16.

Trennung von Staat und Kirche.

17.

Volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz.

18.

Die Rechtsprechung wird nach Maßgabe der Gesetze durch Berufs- und Laienrichter im Sinne sozialer Gerechtigkeit ausgeübt. Das Volk ist zur Rechtspflege in weitem Umfange heranzuziehen.

19.

Die Republik regelt durch Gesetz die Währung, die Finanzen und den Anteil der Länder und Gemeinden an den Staatsein-

nahmen sowie den Aufbau, die Einrichtung und die Kontrolle der Abgabenverwaltung der Länder sowie das Verfahren der Abrechnung zwischen der Republik und den Ländern. — Eisenbahn, Post und Justiz werden von der Republik verwaltet.

20.

Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden bestehen Gemeindevertretungen, die nach demokratischen Grundsätzen, die für die Wahl der Abgeordneten gelten, zu wählen sind. Die Gemeindevertretungen sind den Gemeindevertretungen verantwortlich und bedürfen ihres Vertrauens.

Vom Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen darf kein Bürger, der mindestens sechs Monate in der Gemeinde ansässig ist, ausgeschlossen werden. Die Bestimmungen über die Aberkennung des Wahlrechts der aktiven Nationalsozialisten, Kriegsverbrecher, Nazi-verbrecher und Kriegsinteressenten bleiben unberührt.

Die Zukunft Deutschlands hängt von der Bereitschaft der Frauen, Männer und der

„Pg's von gestern“

Sie waren doch in der Partei?

Der Herr Akademiker:



„... konnte ich denn anders, wo doch Doktor X. und Doktor Z. und alle meine akademischen Herren Kollegen...?“

Jugend unseres Volkes ab, eine fortschrittliche demokratische Ordnung zu schaffen.

Sichern wir den Frieden durch die Bestrafung der Kriegsverbrecher, durch die Beseitigung der Macht der Konzernherren, Bankherren und Großgrundbesitzer!

Mögen alle gesunden Kräfte in unserem Volk zur vollen Entfaltung gelangen!

Bemühen wir uns, durch friedliche Arbeit und durch fortschrittliche demokratische Gesinnung das Vertrauen der anderen Völker wiederzuerwerben.

Eine solche fortschrittliche demokratische Ordnung ist die Voraussetzung für eine bessere Zukunft unseres Volkes und für die Sicherung der Einheit Deutschlands.

Alles durch das Volk! Alles für das Volk!

Des Volkes Wille sei oberstes Gesetz!

Berlin, den 19. September 1946.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Der Parteivorstand

Wilhelm Pieck Otto Grotewohl

Politische Bildungsabende

Die Konferenz der Abteilung Schulung und Werbung beschloß in Übereinstimmung mit der Landesbezirksleitung Baden die regelmäßige Durchführung politischer Schulungsabende. Diese Bildungsabende finden in allen Ortsgruppen einheitlich jede zweite Woche statt. Die Schulungsleiter werden im Kreis- oder Arbeitsgebietsmaßstab rechtzeitig vor dem Stattfinden des Schulungsabends zu einer Besprechung über inhaltliche und methodische Fragen zusammengefaßt.

Der nächste Bildungsabend befaßt sich mit dem Thema:

Die Kommunistische Partei
(Wesen und Rolle der KPD)

Die Kommunistische Partei ist die Partei des Fortschritts.

Sie ist die Vorhut und Vertreterin der aufsteigenden und fortschrittlichen Klasse, der Arbeiterklasse, der die geschichtliche Aufgabe zufällt, die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umzuwandeln.

Die KPD steht auf dem Boden der fortschrittlichsten Wissenschaft, des konsequenten Marxismus. Geleitet von der marxistischen Theorie ist die KPD imstande, die gegenwärtige Lage richtig einzuschätzen und die künftige Entwicklung vorauszusehen.

Die Kommunistische Partei ist der Vortrupp der Werktätigen.

In ihr schließen sich die fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten zusammen. Sie steht an der Spitze des Kampfes für die demokratische Erneuerung und die sozialistische Umgestaltung Deutschlands. Sie vertritt die Interessen der breitesten Massen unseres Volkes, sie vereint die verschiedenen Sonderinteressen der Werktätigen zu dem großen gemeinsamen Kampf um den Sozialismus. Kommunist sein heißt Vorbild der Massen sein.

Die Kommunistische Partei ist die Partei des Volkes.

Sie vertritt die Interessen aller Schichten des schaffenden Volkes, der Arbeiter und der Angestellten, der Bauern und der Handwerker, der Lehrer, Ingenieure, Ärzte, Künstler und Wissenschaftler, der Frauen und Mütter und der Jugend. Sie ist die Partei aller fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes. Sie ist der Todfeind des Hitlerfaschismus und des Imperialismus, der unser Volk ins Elend gestürzt hat. Die KPD ist nicht ausschließlich Arbeiterpartei, sondern die Partei des gesamten schaffenden Volkes. Ihr Ziel ist die Befreiung aller Schaffenden von Ausbeutung und Unterdrückung.

Die Kommunistische Partei ist die Partei der deutschen Nation.

Sie führt das deutsche Volk auf den Weg in eine bessere Zukunft und orientiert sich dabei weder nach dem Westen noch nach dem Osten, sondern einzig und allein nach Deutschland und den wahren nationalen Interessen unseres Volkes. Die KPD ist somit eine nationale Partei. Sie kämpft für die Einheit der deutschen Nation, gegen jeden reaktionären Föderalismus oder Separatismus. Sie befindet sich damit in Übereinstimmung mit den Altmeistern des Sozialismus, mit Marx und Engels, die bereits vor 100 Jahren, im Jahre 1848 im Programm der Kommunistischen Partei erklärten:

„Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.“

Indem sie für die nationale Einheit kämpfen und die wahrhaft nationale Aufgabe erfüllen, im eigenen Land die Kräfte des Faschismus und der Reaktion zu zerschlagen, dienen damit die Kommunisten am besten der internationalen Solidarität, der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus. Die KPD als unabhängige deutsche Partei ist in ihrem nationalen Kampfe von internationalem Geist beseelt, sie setzt stets neben die Liebe zum eigenen Volk und zur Heimat die Achtung und Freundschaft und Lebensinteressen anderer Völker. **Die Kommunistische Partei ist die Kampfpartei für die Einheit der Arbeiterklasse.**

Die Einheit der Arbeiterklasse entscheidet die Zukunft unseres deutschen Volkes. Die Ausrottung des Nazismus und Militarismus, der demokratische Neuaufbau unseres Lebens, die Schaffung und Sicherung der deutschen Einheit, hängen in erster Linie ab von

der Überwindung der verhängnisvollen Spaltung der Arbeiterklasse, von der Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Arbeiterpartei in allen Teilen Deutschlands. Dafür setzen die Kommunisten alle ihre Kraft ein, dafür wollen sie alle fortgeschrittenen Elemente des schaffenden Volkes gewinnen, um das Ziel der werktätigen Massen zu verwirklichen:

Demokratie und Sozialismus.

Alle Theorie wäre sinn- und zwecklos, wenn sie nicht in engster Verbindung mit unserem täglichem Kampf stehen würde und unser praktischer Kampf wäre ziel- und planlos, wäre er nicht geleitet durch die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus. Deshalb beteiligen wir uns alle ausnahmslos regelmäßig an den politischen Bildungsabenden, die jedem Mitglied unserer Partei eine klare Kenntnis der brennendsten politischen Probleme und das Verständnis für die sich um uns abspielenden Ereignisse vermitteln als Voraussetzung für eine erfolgreiche praktische Politik.

Um die Einheit Deutschlands

Auszug aus der Erklärung der Landesleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der amerikanischen und britischen Besatzungszone:

Die Schaffung der demokratischen deutschen Republik ist ausschließlich die Angelegenheit aller antifaschistisch demokratischen Kräfte unseres Volkes in ganz Deutschlands. Die Einheit Deutschlands wird äußerst gefährdet, wenn einige eingesetzte Länderchefs der amerikanischen Zone ultimativ ihre vorgefaßte Meinung über die zukünftige Gestaltung Deutschlands in der Öffentlichkeit verkünden lassen.

Die Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands erfordert die umgehende Bildung zentraler Staatssekretariate als ersten Schritt zu einer demokratischen Reichsregierung — nicht aber die Einsetzung eines autoritären, von den politisch-demokratischen Kräften unabhängigen „Nationalrates“, wie er von den drei Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone gefordert wird.

Die Lösung der lebenswichtigen Aufgabe für das deutsche Volk kann nicht nur den sogenannten unpolitischen Fachleuten überlassen bleiben.

Wir fordern, daß die Zwei-Zonenausschüsse in ihrer Tätigkeit und in ihren Entscheidungen der Zustimmung und Kontrolle der aufbauenden demokratischen Parteien unterstellt werden.

Arbeiterliteratur

Nach der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien haben sich Verlag Neuer Weg, Berlin, Vorwärts-Verlag, Berlin und Verlag Das Volk, Berlin zusammengeschlossen und setzen ihre Tätigkeit auf neuer Grundlage als

Verlag J. H. W. Dietz GmbH., Berlin

fort. Der Name J. H. W. Dietz ist untrennbar verknüpft mit der Literatur des internationalen Marxismus. Die beste Tradition des alten J. H. W. Dietz-Verlages aus den Jahren, da die Arbeiterbewegung noch nicht gespalten war, findet nun, da sie im Begriffe ist, sich wiederum zur Einheit zu finden, ihre Fortsetzung. Zum Aufgabengebiet des Verlages J. H. W. Dietz Nachf. GmbH., Berlin, gehören außer der Herausgabe der Klassiker des Marxismus und Schriften zu den Problemen der Arbeiterbewegung, des wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Neuaufbaus Deutschlands auch die Pflege des guten Romans und zeitgenössischer Lyrik. Autoren des In- und Auslandes werden zu Worte kommen, auch Schriftsteller und Dichtern der jüngeren Generation will der Verlag helfen, den Weg in die Öffentlichkeit zu ebnen.

In Arbeit befinden sich u. a. Werke des bedeutenden dänischen Schriftstellers Martin Andersen Nexø. Noch zu Weihnachten ist mit dem Erscheinen von „Stine Menschenkind“, „Pelle, der Eroberer“, „Meine Kindheit“, „Die Sühne“ und einem Band Novellen zu rechnen.

Gleiches Recht für die Presse des Volkes!

Das Verbot der Einfuhr von Zeitungen und Druckschriften aus der sowjetisch besetzten in die amerikanische Zone trifft in allererster Linie uns Kommunisten. Die Partei, welche der unerbittlichste Kämpfer gegen den Nazismus war, ist heute noch nicht in der Lage, durch ein eigentliches eigenes Organ zum Volk zu sprechen. Unser Mitteilungsblatt „Die Badische Volksstimme“ ist durch Papierknappheit in seiner Auflage stark beschränkt und durch Vorschriften über Format und dergl. dermaßen eingeeignet, daß die KPD nur halbwegs ihre Mitglieder und Anhänger informieren und ihre Ziele darlegen kann. Bisher bot der Bezug sozialistischer Blätter aus der sowjetisch besetzten Zone die Möglichkeit eines gewissen Ersatzes für den Mangel an Parteizeitungen. Nun ist diese Möglichkeit in Wegfall gekommen und deshalb muß die „Badische Volksstimme“ mehr denn je von Hand zu Hand weitergegeben werden.

Wir Kommunisten werden am stärksten von dem Einfuhrverbot betroffen, denn die Tatsache, daß an über 40 Zeitungen unserer Zone nur drei Kommunisten als lizenztragende Redakteure, welche zudem argwöhnisch überwacht werden, tätig sind, spricht für sich selber. Trotz aller feierlichen Anrufungen der sogenannten „objektiven Berichterstattung“ ist es mit der Objektivität nicht weit her. So ist der einzige Lizenzträger an der dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitung „Der Morgen“ in Mannheim ein CDU-Mann, und es sind gegenwärtig Verhandlungen im Gange, einen weiteren Angehörigen dieser Partei als zweiten Lizenzträger hinzuzuziehen. Auch wenn die Redaktion des „Morgen“ mit doppelter Lautstärke einen Schwur auf die „Objektivität“ ablegen sollte, so ist die Tatsache doch nicht wegzuleugnen, daß trotz des Einspruchs aller anderen Parteien jetzt schon mehrfach reine Parteiartikel der CDU im „Morgen“ abgedruckt wurden, während die übrigen Parteien nur wöchentlich 35 Zeilen unter der Rubrik „Stimme der Parteien“ erhalten. Ausgerechnet in der Stadt, deren Bevölkerung am fortschrittlichsten in der ganzen amerikanischen Zone abgestimmt hat, in der Stadt, in der die Arbeiterparteien die meisten Stimmen erhalten haben, erscheint als einzige Zeitung eine CDU-Zeitung in dem noch in verhängnisvoller Erinnerung stehenden „Generalanzeigerstil“. Will man die Rede Molotows nachlesen, die immerhin entscheidende Hinweise auf die künftige Gestaltung Deutschlands enthält, so kann man dies im „Morgen“ nur in stark gekürzter Form, welche die wichtigsten Punkte einfach unterschlägt. Das Stalin-Interview, das mit einem Schlag die ganze angespannte Atmosphäre in der Weltpolitik bereinigte, ist im „Morgen“ nur kassiert und verstümmelt wiederzufinden. Und selbst DANA-Meldungen, wie die Erklärung der Landesleitungen der Kommunistischen Partei in den Westgebieten zur Frage der deutschen Einheit, welche die Versuche anprangert, hinter verschlossenen Türen das Schicksal Deutschlands zu verhandeln und unter Umgehung des Volkes und der gewählten Parlamente autoritär die künftige Gestaltung Deutschlands von oben her anzuordnen, selbst diese Erklärung wird mit irreführenden Überschriften wie „KPD gegen Zonenvereinigung“ oder „Ablehnung der Wirtschaftsvereinigung“ versehen und somit ihr Sinn in das Gegenteil verkehrt. Eine schöne „Objektivität“!

Wir Kommunisten haben kein allzu großes Vertrauen mehr auf die „Objektivität“ der „überparteilichen“ lizenzierten Presse, und auch das Volk will die Presse lesen, die seine Sorgen und Nöte, seine Wünsche

und Hoffnungen ausspricht. Noch stehen die von den Nazis im Jahre 1933 geraubten Druckereimaschinen der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ in Offenburg, und auch andernorts ist die Kommunistische Partei noch nicht wieder in den Besitz der ihr einstmaligen gehörigen und mit Arbeitergrotschen gekauften Druckereimaschinen gekommen.

Die farblose lizenzierte überparteiliche Generalanzeigerpresse aber druckt allerorts in hohen Auflagen Blätter, die nur eine sorgsam durchfiltrierte Information und peinlich an den wirklichen Problemen vorübergehende Meinung wiedergeben.

Wir fordern gleiches Recht für die Presse des Volkes. Die Gerechtigkeit erfordert, daß die der Arbeiterpresse von den Nazis geraubten Maschinen wieder an sie zurückgegeben werden und daß auf ihnen die Blätter gedruckt werden, die das Volk lesen will. Mehr Papier, mehr Raum und gleiches Recht für die Stimme des Volkes!

Brief eines Gefangenen

Ein Heimkehrer aus Rußland schreibt uns:

Im Mai 1944 kam ich bei Sewastopol auf der Krim in Gefangenschaft. Unsere Annahme war nun, daß wir nach der nationalsozialistischen Propaganda ohne Federlesens umgelegt werden würden. Diese Annahme stellte sich sehr bald als irrig heraus. Die Behandlung war an der Front am Anfang hart, doch nicht unmenschlich. Je weiter wir ins Landinnere kamen, desto humaner wurden wir behandelt. Wir kamen dann ins Lager Nr. 252. Dasselbst wurden wir in Arbeitskolonnen eingeteilt. Unsere Tätigkeit bestand in Aufräumarbeiten. Die Bewachung war den Kriegsverhältnissen entsprechend hart, aber nicht ungerecht.

Unsere Verpflegung bestand von Anfang der Gefangenschaft an aus 600 gr Brot und dreimal täglich aus mittelmäßiger Suppe. Durchschnittlich arbeiteten wir acht Stunden pro Tag, auch Sonntags. Nach Kriegsende wurde das Verhältnis ein bedeutend besseres. Die Gefangenen erhielten Entlohnung, konnten sich Zusätzliches kaufen. Es gibt natürlich auch Lager, wo die Verpflegung infolge Verkehrsschwierigkeiten (durch den Krieg verursacht) nicht so ordnungsgemäß war, dies sind jedoch Einzelfälle. Im Großen und Ganzen ist die Behandlung und Verpflegung der deutschen Gefangenen in der Sowjetunion einwandfrei und menschlich. Wenn heute von Heimkehrern mitunter erzählt wird, daß die Behandlung in der Sowjetunion geradezu unmenschlich gewesen sei, so muß man derartige Aussagen mit Vorsicht aufnehmen. Diese Menschen haben ein unbedingtes Verlangen, in die Heimat zu kommen und ruinieren ihren Körper, um ihr gestecktes Ziel zu erreichen. So hat man erlebt, daß manche Gefangenen ihr Brot gegen Rauchwaren eintauschten und ihren Hunger mit Rauchen stillten. Dieses Verfahren führt natürlich zu großen gesundheitlichen Störungen und Krankheiten. Der größte Teil dieser Menschen hat in der Heimat dann nicht die Courage, der Wahrheit die Ehre zu geben.

Fritz Zöllner, Mannheim-Sandhofen.

Wir suchen

zum Ausbau unserer Redaktion

Konversationslexikone, Bücher politischen Inhalts, Broschüren, Jahrgänge oder Einzelexemplare von Zeitungen und Zeitschriften usw. käuflich zu erwerben.

Redaktion der „Badischen Volksstimme“, Mannheim, S 3, 10

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Hebr zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische Landesbibliothek



Mannheim

Einst und Jetzt in der Zellstoff

Es ist erstaunlich, was heute noch alles in Amt und Würden ist, wie wenn es keinen Krieg, keinen Zusammenbruch, keine Einpeitscher und keine Entnazifizierung gegeben hat oder gibt. Keiner will je etwas mit den Methoden des Dritten Reiches zu tun gehabt haben, jeder stand angeblich ablehnend der Sache gegenüber und doch ist es gut, wenn man alte Journale, die dank der aufrechten kleinen Antifaschisten erhalten blieben, durchblättert. Man stößt dann ab und zu auf Größen, die sich nicht träumen ließen, daß das 1000jährige Reich so schnell vergeht, und daß man eines Tages Rechenschaft von ihnen fordern wird.

Zu diesen Größen damaliger Zeit gehört der seinerzeitige Direktor Dr. Erwin Schmidt von der Zellstofffabrik Waldhof. Da liegt zum Beispiel seine Rede aus dem Jahre 1939 vor, in der er unter anderen Geistesblitzen auch folgendes vom Stapel läßt: „Als der Nationalsozialismus das Reich wieder aufrichtete, war es klar, daß dieses eine dauernde Bedrohung inmitten seines Lebensraumes nicht dulden konnte, und es zeigte sich immer deutlicher, daß dieses neuen Reiches erbitterteste Feinde auf der alten Kaiserburg Prag saßen. Wie unser Führer diese Anschläge zunichte machte, die feindliche Festung ohne Schwertstreich zerbrach und damit eine Millionenarmee völlig entwaffnete, das ist die stolze Vergangenheit dieses Frühjahres, die wir alle bewegten Herzens erlebten. Welch ein Zutrauen müssen wir haben zu einem Manne, dem eine solche Großtat gelang. Großdeutschland und das Römische Imperium sind in der Zukunft die Mächte, die das Geschick Europas bestimmen. Wir sind stolz darauf, daß wir einen Führer haben. Bewegten Herzens gedenken wir in dieser Feierstunde unseres großen Führers und grüßen ihn voll unbegrenzten Vertrauens mit einem dreifachen „Heil“ und in seinem Vortrag 1938 beim Überfall auf Österreich rief dieser selbe Direktor Schmidt seiner Zellstoff-Gefolgschaft unter anderem zu: „Dieses Dritte Reich ist wieder auf tiefem und breitem Grund gebaut, bereit, ein neues Jahrtausend zu überdauern.“

Wir aber, die wir diese Tage miterleben durften, blicken voller Bewunderung auf seinen Erbauer Adolf Hitler und erleben vom Himmel, daß er uns lange erhalten bleiben möge, damit er sein großes Werk weiter ausbauen und seiner Vollendung entgegenführen kann.“

Daß er seiner Charakterlosigkeit die Krone aufsetzte und am 20. Juli 1944 an den „geretteten Führer“ ein Glückwunschtelegramm sandte, sei nur der Komik halber erwähnt.

Dies nur einige Ausschnitte über einen leitenden Beamten der Zellstoff, dem sich der damalige Betriebsleiter, Dr. Gustav Höning-d'Orville würdig beigesellte. Auch dieser, seit 1937 Pg., Nr. 4497/981 sowie SA-Mann kannte kein größeres Vergnügen, als täglich im Betrieb in Uniform seine Durchhalteparolen vom Stapel zu lassen, doch: „Wenn die Gefahr die Zähne blöckt, wird aus dem Mann ein Männchen“, und so zog dieser SA-Mann beim Einrücken der Amerikaner heldenhaft schleunigst seine Uniform aus, schob sie einem Mitarbeiter unter den Stuhl und türmte. Daß er natürlich vorher seine Möbel in Sicherheit „evakuierte“ versteht sich von selbst.

Und wo sind diese beiden Größen heute? Sie sind: Direktor Dr. Schmidt — heute noch Direktor der Zellstoff Mannheim; Dr. Höning-d'Orville, Pg. und SA-Mann a. D. — heute Landrat z. D. in Rottweil. Wir hoffen, der Spruchkammer durch unsere Feststellungen einen Dienst erwiesen zu haben, sofern nicht Herr Dr. Schmidt schon mit blütenweißer Weste die Sitzung Räume verlassen hat.

Tauberbischofsheim

Nazi ohne Maske!

Ein Mann aus Tauberbischofsheim, der jetzt Angestellter seiner Frau geworden ist

Ganz seltsame Berichte erhalten wir über einen Patentnazi aus Tauberbischofsheim, der in einem Konkursverfahren Prokurist und Angestellter seiner Frau geworden ist. Wir hoffen, der Spruchkammer und auch der Öffentlichkeit einen Dienst zu erweisen, wenn wir im Nachstehenden einen Scheinwerferblick auf das „Wirken“ dieses „würdigen“ Vertreters aus dem Dritten Reich werfen:

1. 14mal vorbestraft, darunter zweimal mit Zuchthaus wegen Betrug, siehe Strafakten Mosbach.
2. Nach eigener Angabe 1932 vor dem Landgericht Mosbach war dieser Herr Bezirksleiter der NSDAP für die Bezirke Tauberbischofsheim und Wertheim bis zum Jahre 1931. Der Bezirksleiter war damals ungefähr dem Range eines Kreisleiters gleichzusetzen.
3. Er betrog seine eigenen Parteigänger und überreichte ihnen die Hitler-Gedenkmünze „Auch Du hast mitgeholfen“.
4. Er organisierte die Verpflegung und Unterkunft der SA vor der Machtübernahme

Durch die „Güte“ der Markgrafen die Heimat verloren!

Ein Abschnitt des „Heidelberger Journal“ von 1846 im Licht der Bodenreform von 1946

Wir entnehmen der „Rhein-Neckarzeitung“ vom 26. September 1946 nachstehende Abschrift aus dem „Heidelberger Journal“ von 1846:

3. Oktober 1846: „Gestern war ich auf der Dampfbootfahrt von Heilbronn nach Heidelberg Augenzeuge einer der rührendsten Szenen meines Lebens. In dem Dorfe Zwängenberg am Neckar stieg eine große Anzahl von Leuten aller Altersstufen in unser Schiff, es waren Auswanderer. Sie nahmen hier von einem älteren Herrn unter Tränen der Rührung und Dankbarkeit Abschied. Bei einer Aussprache mit den Leuten konnte ich erfahren, daß sie durch die Güte der Herren Markgrafen Wilhelm und Max von Baden, in deren Besitzung sie (am Fuße des Katzenbuckels) eine eigene Gemeinde gebildet hatten, aber teils durch Armut, teils durch die rauhe Lage der Gegend nicht mehr fortexistieren konnten, auf deren Kosten nach Nordamerika übersiedeln würden, wo ihnen dann beim Absteigen auf das amerikanische Ufer für jede Familie 100 Gulden ausgezahlt würden. Ihre Güter hätten die Herren Markgrafen vor einigen Jahren käuflich an sich gezogen, aber nach Zahlung der Schulden sei ihnen nichts mehr übriggeblieben...“

Es ist uns bekannt, daß zum Beispiel allein in Württemberg 121 322 ha Land in den Händen von 47 adligen Grundeigentümern sind, ähnlich verhält es sich in Baden. Vorstehend wiedergegebene Schilderung des „Heidelberger Journal“ läßt uns erkennen, mit welchen Methoden die „Herren Markgrafen“ vor hundert Jahren vorgehen, um Bauernland in Junkerhand zu bringen. Weshalb konnten denn die Bauern früher nicht fortexistieren? Weil ihre Fronde durch die Landesherrn zu hart, weil ihr Besitz zu klein war und ihre Abgaben zu hoch. Sie wurden durch diese Be-

dingungen in die bitterste Armut gestoßen, bis sie dann endlich soweit waren, den Besitz ihrer Väter an die Fronherren zu verkaufen. Dieses Geld gehörte ihnen dann nicht einmal, weil sich durch ihr ärmliches Dasein Schulden angesammelt hatten, die zur Aufgabe des Besitzes zwangen. Auf diese Weise lösten sich die bäuerlichen Gemeinschaften, die von Urväter Zeit her fest und solid gegründet waren, auf, starben Dörfer aus. Menschen, die durch die Habgier der adeligen Grundbesitzer in das Elend gejagt worden waren, hatten nicht einmal mehr Platz in ihrem eigenen Vaterland. Die Fürsten und Markgrafen sorgten dann dafür, daß diese „lebenden Ankläger ihres Bodenraubes“ von der Bildfläche verschwanden und nach Amerika abgeschoben wurden. Dafür war man dann bereit, das Almosen der Überfahrt zu spenden. Diese Schilderung des „Heidelberger Journal“ gibt uns den Fingerzeig, wie es kam, daß Deutschland wertvolle Bauern verlor, die in Nordamerika Pionierarbeit leisteten, die sonst dem deutschen Boden gegolten hätte. Grotesk mutet es unsere heutige Erkenntnis an, daß ein „Heidelberger Journal“ es unternimmt, diesen Landraub, dieses Verstoßen aus deutscher Heimat noch zu einer Handlung zu stempeln, in der sich diese besitzlos gemachten und vom Heimatboden vertriebenen Bauern für die „Güte“ der Herren Markgrafen Max und Wilhelm von Baden unter „Tränen der Rührung“ bedanken. Weiter kann die Verhöhnung und die Verdummung der Bevölkerung nicht mehr getrieben werden.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Telefon 42 561, Mannheim, S. 3, 10. Auflage 50 000. Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24. Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Fr. 10. 4. 46.